

Asien aktuell

Regionalwahlen in Südkorea 2018

Hannes B. Mosler

Summary

The paper analyzes the 2018 local elections in South Korea. It starts off by explaining the country's election system, which besides separate presidential and general elections also features local ones too. After discussing the evolution of the local election system since its introduction in 1987, and the political background to its somewhat late fully fledged realization in the middle of the 1990s, the paper continues by explaining details of the various offices that are elected at two different regional levels. After briefly describing central aspects of the given voting rights, and discussing the characteristics and current developments of political parties, the text then turns to the analysis of the election results. In the beginning, basic parameters are given – such as voter turnout rate as well as the overall distribution of votes – in a historical comparison, pointing out in the process the landslide victory of the government party of the newly (May 2017) elected liberal president Moon Jae-in. This is followed by a discussion of participation by and outcomes for female candidates in the election. Finally, the results of the simultaneously held by-elections and the reelection of twelve National Assembly members are explained and put into context. The third section of the paper addresses the reasons behind the observed outcomes, in particular against the backdrop of the last two rightist-conservative governments and the new liberal one too. The paper is summed up by a conclusion that takes a brief look into the near future, and tries to make sense of the regional elections' results — in particular regarding the Moon-administration's likely subsequent performance, as well as forecasts for the upcoming general elections in 2020.

Keywords: Local elections 2018, South Korea, President Moon Jae-in, election system

Hannes Mosler ist Juniorprofessor an der Graduate School of East Asian Studies und des Instituts für Koreastudien an der Freien Universität Berlin. Er forscht und publiziert u. a. zu Fragen des politischen Systems, politischer Erinnerung und Formen und Praxen demokratischer Qualität in Korea sowie komparativ.

Einleitung

Etwas mehr als 38 Millionen südkoreanische Bürgerinnen und Bürger waren am 13. Juni 2018 bei den siebten landesweiten Regionalwahlen aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben – über 60% machten davon Gebrauch. Die regierende Gemeinsame Demokratische Partei (GDP) gewann diese Wahlen deutlich, während die rechtskonservative Opposition, allen voran die Liberale Partei Koreas (LPK), klar abgestraft wurde. Insgesamt kann das Wahlergebnis als Reaktion auf die enttäuschende Politik der beiden rechtskonservativen Vorgängerregierungen und insbesondere auf den Skandal um Park Geun-hye (vgl. Mosler 2017) verstanden werden. Knapp ein Jahr nach dem Amtsantritt des liberalen Präsidenten Moon Jae-in im Mai 2017 geben diese Wahlen der neuen Regierung zunächst Rückenwind. Dieser Aufsatz erklärt das System und die Bedeutung der Wahlen in Südkorea, fasst die Ergebnisse der diesjährigen Regionalwahlen zusammen und analysiert deren Ausgang.

Das regionale Wahlsystem

Bereits die erste Verfassung von 1948 sah eine lokale Selbstverwaltung (*chibangjach'i*) vor, und ein entsprechendes Gesetz wurde nur ein Jahr später erlassen. Eine tatsächliche und umfassende Umsetzung ließ jedoch auf sich warten. Die aufeinander folgenden diktatorischen Regime fürchteten um den Erhalt ihrer Macht bei möglichen Herausforderungen aus der Peripherie. Deshalb fanden zunächst Wahlen nur spärlich, pro forma und auf den unteren Verwaltungsebenen statt. Wichtige Ämter wurden vom Staatspräsidenten direkt vergeben. Nach einem kurzen Intermezzo während der demokratischen Zweiten Republik (1960–1961), als zum ersten Mal auf allen Ebenen gewählt wurde, suspendierte man die regionalen Wahlen in den anschließenden drei Dekaden der Militärdiktaturen erneut. Erst nach der Transformation zur formalen Demokratie Ende der 1980er Jahre nahm man den Faden wieder auf. Es dauerte noch bis 1995, bis wieder alle Ämter durch direkt und landesweit gleichzeitig abgehaltene Wahlen besetzt werden sollten. Die nachfolgenden regionalen Wahlen fanden 1998 statt, seitdem wird alle vier Jahre gewählt; entsprechend dieser Zählung fanden die Wahlen bis jetzt siebenmal statt.

Zwei Verwaltungsebenen – Regionen und Kommunen

Etwas mehr als 4000 Ämter werden gewählt, und zwar auf zwei Ebenen – der regionalen Ebene der sieben Großstädte (*kwangyöksi*) und neun Provinzen (*to*) sowie der kommunalen Ebene der Städte (*si*), Landkreise (*kun*) und Bezirke (*ku*) (siehe Tabelle 1; vgl. Mosler 2015). Neben Oberbürgermeister/in und Gouverneur/in wird in Großstädten und Provinzen außerdem noch jeweils ein/e Superintendent/in für Bildung – eine Art Bildungsminister/in – gewählt. Schließlich bestimmen die Bürgerinnen und Bürger auch die Zusammensetzung der Großstadt- und

Provinzparlamente mit ihrer Stimme. Seit der Einführung der Zweitstimme 2002 wird ein Anteil von etwas mehr als 10% der Sitze über Verhältniswahl besetzt. Auch auf der zweiten Ebene der Städte, Landkreise und Bezirke wählen die Stimmberechtigten Bürgermeister, Landkreis- und Bezirksleiter sowie die Mitglieder der Parlamente – auch hier (seit 2005) mit Listenplätzen (ca. 13%). Hinzu kommen auf der Insel Cheju die Mitglieder des Bildungsausschusses des Provinzparlaments; in den restlichen Großstädten und Provinzen wird der Bildungsausschuss nicht extra gewählt, sondern nach den Wahlen im Parlament gebildet.

Tabelle 1. Anzahl der Wahlämter bei regionalen Wahlen in Südkorea, 1995-2018¹

	1995	1998	2002	2006	2010	2014	2018
Oberbürgermeister / Gouverneure	15	16	16	16	16	17	17
Großstadt- u. Provinzparlament	875 (0)	616 (0)	682 (73)	733 (78)	761 (81)	789 (84)	824 (87)
Bürgermeister/ Bezirksleiter	230	232	232	230	228	226	226
Stadt-, Landkreis- und Bezirksparlament	4541 (0)	3489 (0)	3485 (0)	2888 (375)	2888 (376)	2898 (379)	2927 (385)
Bildungssuperintendent	0	0	0	0	16	17	17
Bildungsausschuss	0	0	0	0	82	5	5
Gesamt	5.661	4.368	4.415	3.867	3.991	3.947	4.016

Quelle: Nationale Wahlkommission (<http://www.nec.go.kr/>); eigene Zusammenstellung

Auf Regionalebene werden die Direktmandate in Einpersonenwahlkreisen, auf Kommunalebene in Mehrpersonenwahlkreisen ermittelt.² Laut Wahlgesetz (*kongjiksön 'göböp*; WahlG) sollen Parteien bei Direktmandaten mindestens 30 Prozent weibliche Kandidaten aufstellen (WahlG §47-4) und müssen bei Listenmandaten 50 Prozent Frauen nominieren (WahlG §47-3). Wählen dürfen Bürger, wenn sie 19 Jahre oder älter sind (aktives Wahlrecht; WahlG §15), gewählt werden kann man ab 25 Jahren (passives Wahlrecht; WahlG §16-3). Seit 2005 sind auch Ausländer wahlberechtigt, die seit mehr als drei Jahren den Status des ständigen Aufenthaltsrechtes (*yöngjugwön*) bzw. ein F-5-Visum haben (ImmiG §15-2, 3); passives Wahlrecht haben Ausländer nicht (vgl. Mosler und Pedroza 2016). Die für die Ausstellung eines F-5-Visums nötigen Voraussetzungen sind jedoch streng. Selbst ein Ausländer, der durch Heirat mit einem südkoreanischen Staatsbürger im Besitz eines Heiratsvisums (F-6) ist, muss dieses für mindestens zwei Jahre gehabt haben, um sich für ein F-5-Visum bewerben zu können. Dennoch steigen die Zahlen

1 In Klammern steht die Anzahl der Sitze über Verhältniswahl.

2 In den meisten Mehrpersonenkreisen der diesmaligen Wahl wurden zwei (592; 75%) oder drei (415; 40%) Kandidaten gewählt, während es nur 28 (3%) Vier-Personenwahlkreise gab.

der wahlberechtigten Ausländer stetig an. Waren es vor vier Jahren noch 48.428 Personen, verdoppelte sich die Zahl zu diesen Wahlen auf 106.205 Personen (Ministry of Interior and Safety 2018).

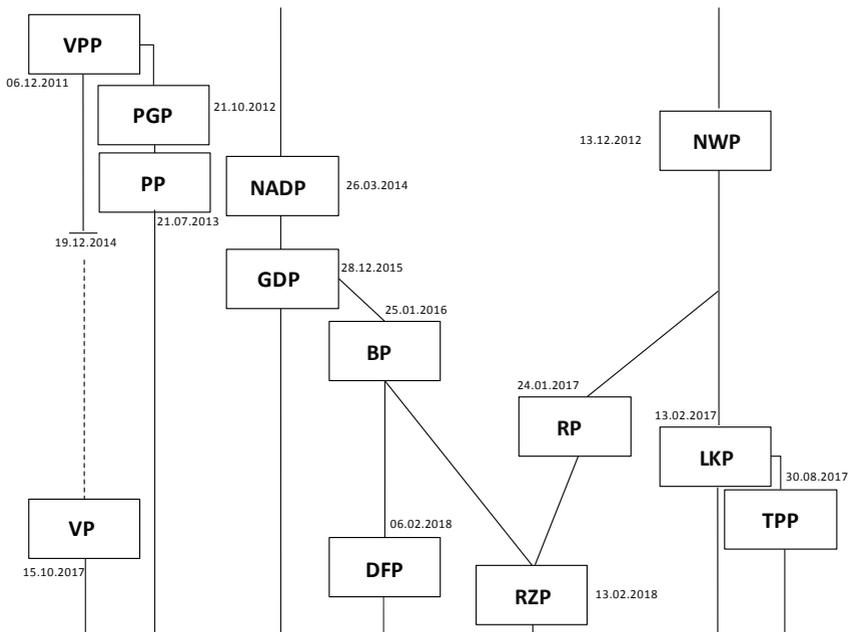
Die Regional- und Kommunalregierungen sind immer noch stark von der Zentralregierung abhängig, die ihren Einfluss durch Weisungs- und Finanzrecht ausübt. Eine Folge davon ist, dass die Regionalwahlen häufig von nationalen Themen dominiert sind. Außerdem machen die Parteien auf nationaler Ebene ihren Einfluss bei der Kandidatenaufstellung geltend. Sie sichern sich loyale Verbündete in ihrem Wahlkreis, die ihnen bei ihrer Wiederwahl behilflich sein können. Außerdem lagen regionale Wahlen bisher immer zeitlich zwischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, was ebenso dazu beiträgt, dass Themen der Region von der nationalen Agenda überdeckt werden. Hinzu kommt ein ausgeprägter Regionalismus, der zum Teil mächtige Hochburgen bestimmter Parteien hervorbringt – unabhängig von programmatischen Inhalten. Das wiederum verzerrt die Mehrheitsverhältnisse. In der Folge kommt es zu stark unausgeglichene Machtverhältnissen zwischen den Parteien in den Exekutivorganen und den Parlamenten. In manchen Regionen ist ein Großteil der Kommunen von einer bestimmten Partei dominiert und die Kommunalpolitik gestaltet sich entsprechend einseitig.

Politische Parteien

Der Großteil der sich zur Wahl stellenden Kandidaten ist Mitglied einer Partei und von dieser aufgestellt worden. Die politischen Parteien in Südkorea sind historisch von der Zeit nach der Befreiung und der Teilung, d. h. durch den Kalten Krieg, und den Koreakrieg geprägt. Die Entstehung der modernen Parteien in Südkorea unterlag somit der Logik des Systemgegensatzes, was dazu geführt hat, dass das Parteienspektrum von der Mitte nach links stark ausgedünnt wurde, und dass eine überproportionale rechtskonservative Seite entstand. Diese extreme Unausgeglicheneheit der Parteienlandschaft begann sich erst nach dem Übergang zu einer formalen Demokratie schrittweise aufzulösen. Die heutige Gemeinsame Demokratische Partei (GDP; *Tōburōminjudang*) geht zurück auf Parteien der Opposition während den Dekaden der Militärdiktatur. Ihr gegenüber steht die Liberale Koreapartei (LKP; *Chayuhan'guktang*), deren Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte auf die Regimeparteien der Diktaturen zurückgeht (vgl. Mosler 2015a). Sie ist innerlich gespalten in Unterstützer und Gegner der ehemaligen Präsidentin Park Geun-hye. Parlamentsabgeordnete der LKP, die nach der Amtsenthebung ein deutlicheres Zeichen setzen wollten, verließen Parks Partei (damals noch Neue Welt Partei – NWP; *Saenuridang*) und gründeten zunächst die Rechtschaffene Partei (RP; *Barūnjōngdang*). Diese taten sich später mit nach rechts tendierenden Teilen der Bürgerpartei (BP; *Kungminūidang*) zusammen und gründeten die Rechtschaffene Zukunftspartei (RZP; *Barūnmiraedang*), die ebenfalls

rechtskonservativ ausgerichtet ist. Die BP hatte sich von der GDP abgespalten und gründete sich später neu unter dem Namen Demokratische Friedenspartei (DFP; *Minjup'yônghwadang*), die ideologisch liberal-konservativ ausgerichtet und somit im Parteienspektrum grob zwischen GDP und RZP zu verorten ist. Die Taehan Patriotenpartei (TPP; *Taehan'aeguktang*) steht unverändert explizit und voll hinter Park Geun-hye; sie hat jedoch nur einen Sitz im Parlament. Links von der GDP steht die Gerechtigkeitspartei (GP; *Chôngûidang*), die sich 2012 als Progressive Gerechtigkeitspartei (PGP; *Chinbojôngûidang*) von der linksprogressiven Vereinten Progressiven Partei (VPP; *T'onghapchinbodang*) abgespalten hatte, weil die Partei zunehmend von Linksextremen beeinflusst war. Die VPP wurde später unter Park Geun-hye verboten (Mosler 2016). Die Volkspartei (VP; *Taejungdang*), die links von der GP steht, ist eine Art Überbleibsel der verbotenen VPP.

Grafik 1. Entwicklung der politischen Parteien zwischen 2011 und heute (Stand: Juli 2018)³



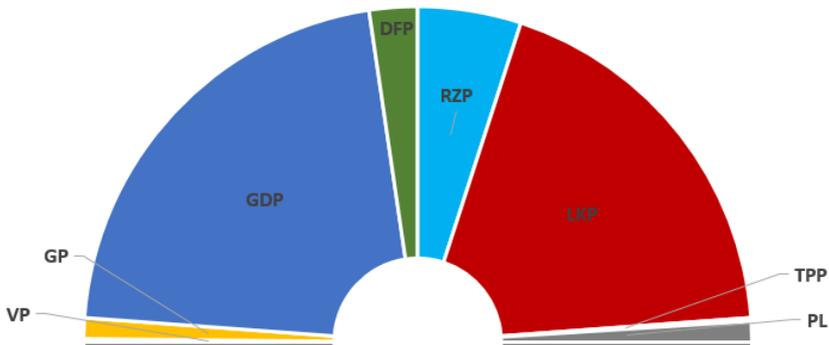
Quelle: eigene Darstellung

Die Parteienpolitik der nationalen Ebene prägt die regionalen Wahlen stark. Das sieht man unter anderem daran, dass die Nummern, die die Kandidaten im Wahlkampf tragen, anhand der Sitzverteilung in Nationalparlament vergeben

³ Datumsangaben entsprechen dem offiziellen Gründungsdatum der jeweiligen Partei.

werden, wobei die Zählung mit „1“ bei der Partei mit der größten Fraktion beginnt (WahlG §150-5-1). Die liberal-progressive regierende GDP stellt mit derzeit 129 Sitzen den größten Anteil (43%) der Abgeordneten im Parlament. Danach folgt die rechtskonservative LKP mit 113 Sitzen (38%), die mitte-rechts ausgelegte RZP mit 30 Sitzen (10%) und die mitte-liberal ausgelegte DFP mit 14 Sitzen (5%). Die links-progressive GP hat 6 Sitze und die linke VP einen, ebenso wie die rechtskonservative TPP. Sechs Abgeordnete sind parteilos. Insgesamt ergibt sich folglich ein relativ ausgeglichenes Verhältnis zwischen den beiden Lagern. Die regionalen Wahlen haben die Machtverteilung auf der regionalen Ebene nun extrem zugunsten der regierenden GDP verschoben. Geht man nach den Umfragewerten für die Parteien im Sommer dieses Jahres, ist die kleine GP mit 11,6% die Partei mit der drittstärksten Unterstützungsrates nach der GDP (45,6%) und der LKP (17,0%) (Kim NK 2018).

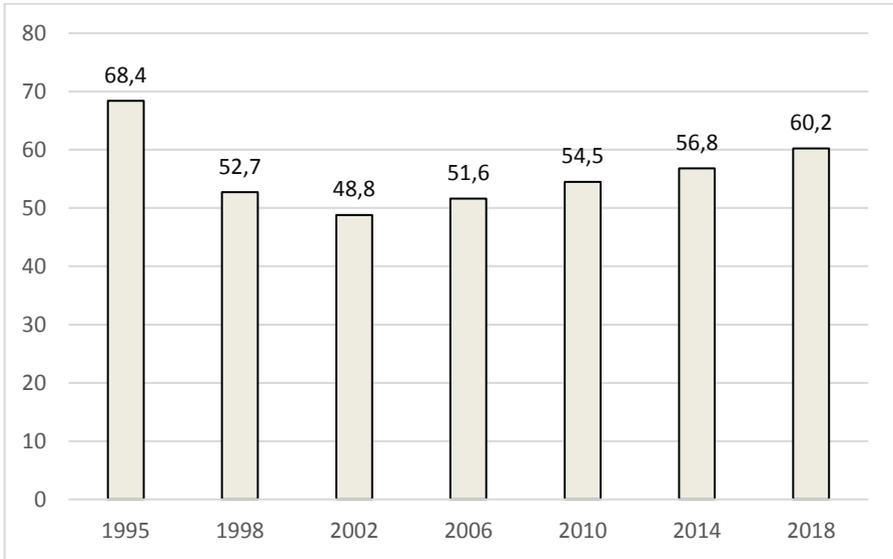
Grafik 2. Sitzverteilung in der Nationalversammlung Südkoreas (Stand: Juli 2018)



Quelle: Nationalversammlung der Republik Korea (<http://www.assembly.go.kr/>); eigene Zusammenstellung

Wahlergebnisse

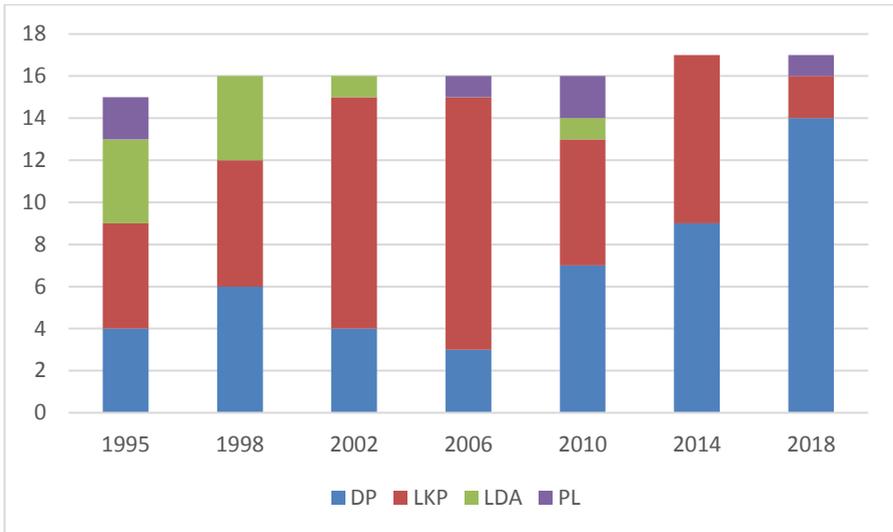
Die Wahlbeteiligung der regionalen Wahlen vom 13. Juni 2018 war mit 60,2% die zweithöchste seit 1995, an der – wohl aufgrund der historisch bedeutsamen Tatsache, dass es sich um die ersten umfassenden landesweiten regionalen Wahlen handelte – 68,4% der Stimmberechtigten teilnahmen. Diese rege Partizipation überstieg damit sogar die Beteiligung an den Parlamentswahlen der letzten zwanzig Jahre (siehe Grafik 3).

Grafik 3. Wahlbeteiligung bei regionalen Wahlen seit 1995

Quelle: Nationale Wahlkommission (<http://www.nec.go.kr/>); eigene Zusammenstellung

Die regierende GDP erhielt 14 der 17 Gouverneursämter (82%), die LPK nur zwei; ein Gouverneursamt (Cheju) ist mit einem Parteilosen besetzt worden. Das ist das beste Ergebnis, das eine Partei seit 1995 erzielt hat, was im Umkehrschluss gleichbedeutend ist mit der größten Niederlage für die rechtskonservative LPK. Allein in der Provinz Nord-Kyöngsang und in Taegu gewann die LPK die Ämter des Gouverneurs und des Oberbürgermeisters. Im historischen Vergleich wird deutlich, dass die Ergebnisse der regionalen Wahlen 2018 Anzeichen einer großen Veränderung sind (siehe Grafik 4).

Grafik 4. Historischer Vergleich der von den Parteien errungen Ämter bei regionalen Wahlen, 1995–2018⁴

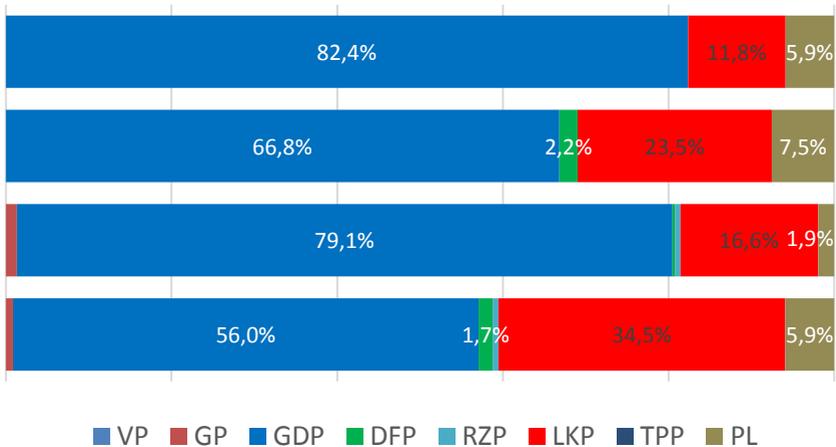


Quelle: Nationale Wahlkommission (<http://www.nec.go.kr/>); eigene Zusammenstellung

Bemerkenswert ist hierbei, dass die GDP sogar in den rechtskonservativen Hochburgen der Provinzen Pusan, Ulsan und Süd-Kyöngsang sowie Taejön gewinnen konnte. Neben dem Oberbürgermeister von Pusan sind 13 der 16 Bezirksleiter von der GDP, nur zwei werden von der LKP gestellt; einer ist ohne Partei angetreten. Bisher hat die GDP noch nie einen Bezirksleiter in Pusan stellen können. Auch der Oberbürgermeister von Ulsan wird zum ersten Mal seit Einführung der regionalen Wahlen 1995 von einem Kandidaten der GDP gestellt. Ebenfalls von historischer Bedeutung sind die fünf Bezirksleiter in Ulsan, denn bisher hat die GDP noch nie auch nur einen dieser Posten erringen können. In der Provinz Süd-Kyöngsang sind sieben von 18 Bezirksleiter von der GDP – ein neuer Rekord. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Abgeordneten der Stadtparlamente. Zum Beispiel werden in dem Ulsans 15 der insgesamt 19 Sitze von GDP-Kandidaten eingenommen. Auch die Führungspositionen auf Ebene der Städte, Landkreise und Bezirke sind in der deutlichen Überzahl von 151 GDP-Kandidaten (67%) besetzt worden, während die LKP lediglich auf 53 Ämter (23%) kommt.

⁴ Über die Zeit haben sich die Parteien und die Parteinamen immer wieder ein wenig geändert. Insgesamt jedoch kann man die heutigen Parteien zum Großteil auf ihre Vorgängerparteien zurückführen, was somit diesen Vergleich erlaubt.

Grafik 5. Verteilung der Ämter nach Parteizugehörigkeit: Oberbürgermeister/Gouverneure, Bürgermeister/Landkreis-/Bezirksleiter, Großstadt-/Provinzparlamentarier, Stadt-/Landkreis-/Bezirksparlamentarier (von oben nach unten)



Quelle: Nationale Wahlkommission (<http://www.nec.go.kr/>); eigene Zusammenstellung

Die Anzahl von jungen Kandidaten ist bei dieser Wahl weiter angestiegen. Waren es 2010 und 2014 noch jeweils nur zehn und neun unter den Gewählten, die unter 30 waren, sind es dieses Mal nicht weniger 31 neue Amtsinhaber, die zwischen 25 und 39 Jahren alt sind. Die meisten davon (26) wurden in Kommunalparlamente der Bezirke, Landkreise und Stadtbezirke gewählt; danach folgen Amtsinhaber (5) in Regionalparlamenten. Bisher hat es noch nie einen Gouverneur oder Bürgermeister unter dreißig gegeben, auch bei diesen Wahlen nicht. Der Anteil älterer Amtsinhaber ist dahingegen zurückgegangen. Im Vergleich zur vorangegangenen Wahl wurden in diesem Jahr mit insgesamt 29 über 70-Jährigen sieben weniger gewählt. Zuvor war die Zahl noch gestiegen von 17 im Jahr 2010 auf 36 im Jahr 2014. Ob man hier von einem Generationenwechsel sprechen kann, bleibt abzuwarten.

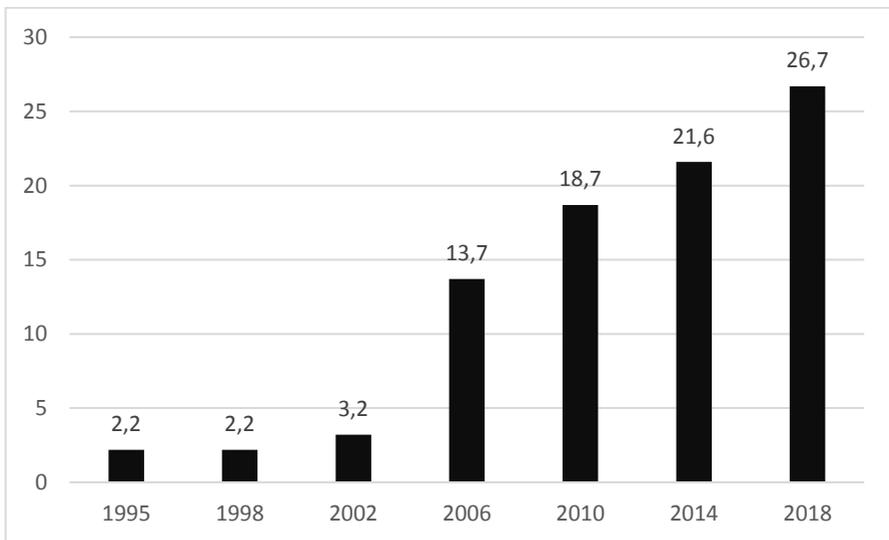
Frauen in öffentlichen Ämtern

Der Anteil an Frauen, die in öffentliche Ämter gewählt wurden, ist auch bei dieser Wahl leicht angestiegen. Der allgemeine Trend in Korea macht diesbezüglich stetig Fortschritte. Nicht nur wurde 2013 mit Park Geun-hye die erste Frau in der Geschichte Koreas zur Präsidentin gewählt, auch die Sitze in der Nationalversammlung, die mit Frauen besetzt sind, nehmen bei jeder Parlamentswahl zu (Mosler 2016: 104). Im internationalen Vergleich gehört Korea

mit Platz 117 zwar noch immer nicht zu den 100 Ländern mit dem größten Frauenanteil in nationalen Parlamenten (vgl. Inter-Parliamentary Union 2016), aber ein steter, wenn auch langsamer, Zuwachs lässt sich ausmachen. Beigetragen hat dazu neben einem generellen Wertewandel in der Gesellschaft und immer besser qualifizierten weiblichen Kandidatinnen vor allem auch die Quotenregelung im Wahlgesetz (s.o.). Und schließlich ist auch das Kabinett von Präsident Moon Jae-in mit knapp 30% Ministerinnen durchaus fortschrittlich besetzt (Mosler 2017: 5).

Bei den vergangenen Wahlen stieg die Zahl der Frauen von vormals 747 (2010) auf 854 (2014), was einem Zuwachs um 2,9% (18,7% → 21,6%) entspricht. Dieses Mal wurden weibliche Kandidaten mit einem Anteil von 26,7% in öffentliche Ämter der regionalen Regierungen gewählt (siehe Grafik 6).

Grafik 6. Anteil von Frauen in Ämtern auf regionaler Ebene (1995–2018)



Quelle: Nationale Wahlkommission (<http://www.nec.go.kr/>); eigene Zusammenstellung

Bisher hat jedoch noch nie eine Frau das höchste Amt in einer Provinz (Gouverneurin) oder einer Großstadt (Oberbürgermeisterin) innegehabt. Hauptgrund dafür ist die geringe Zahl der Bewerberinnen um diese Ämter. Von den insgesamt rund 320 Kandidaten für das Gouverneurs- und Bürgermeisteramt in den bisherigen sieben regionalen Wahlen seit 1995 waren lediglich zehn Frauen. Bei den jüngsten Wahlen bewarben sich nur zwei Frauen für die 17 Ämter. Offensichtlicher Grund dafür ist, dass die Parteien Frauen wesentlich seltener aufstellen, weil sie sich viel geringere Chancen ausrechnen (vgl. Chin CW 2018).

Bemerkenswert ist dennoch, dass bei den wichtigen Wahlen zum Oberbürgermeisteramt von Seoul die 28 Jahre alte Kandidatin der Grünen Partei (GRP; *Noksaektang*), Shin Ji-ye, mit knapp 83.000 (1,7%) Stimmen auf Platz 4 kam. Sie ist nicht nur eine von drei weiblichen Kandidaten, sondern mit ihren 28 Jahren auch die jüngste unter den Bewerbern gewesen. Vor allem jedoch überrascht ihr gutes Abschneiden trotz ihres außergewöhnlichen Wahlprogramms. Shin war angetreten explizit als Feministin und plante, sich für die Begrünung Seouls, sexuelle Minderheiten und Tierrechte sowie gegen Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen einzusetzen, wenn sie gewählt würde. Wie provokativ ein solches Programm in Korea ist, zeigt sich daran, dass an vielen Stellen ihre Wahlplakate abgerissen wurden – ganz zu schweigen von Schmähungen im Internet. Gleichzeitig jedoch zeigt die verhältnismäßig große Unterstützung im Ergebnis der Wahl, dass sich viele von ihrem Programm angesprochen fühlen im Zeitalter von #metoo.

Auch auf der zweiten Ebene von Städten, Kreisen und Bezirken gab es bisher insgesamt nur 21 Bürgermeisterinnen, Kreisleiterinnen und Bezirksvorsteherinnen, was lediglich rund 1% der zu vergebenden Ämter repräsentiert. Amtsinhaberinnen auf dieser Ebene hat es in der bisherigen Geschichte der regionalen Wahlen nur selten gegeben. Im Jahr 1995 war es eine, 1998 keine, 2002 waren es zwei, 2006 drei und 2010 sechs Frauen. Vor vier Jahren wurden neun der insgesamt 226 Leitungsposten mit weiblichen Kandidaten besetzt. Dieses Mal schafften es nur acht (3,54%) (Jin JW 2018).

Der Anteil der gewählten Frauen in regionalen Parlamenten ist bei den bisherigen Wahlen immer ein Stück weit angestiegen. Waren es 2014 noch 14,3% Frauen in Parlamenten auf Großstadt- und Provinzebene, verzeichnete man dieses Jahr 19,4%; in Kommunalparlamenten stieg der Anteil von 25,3% (2014) auf 30,8%. Was die Zahlen von weiblichen Kandidaten für Sitze in Parlamenten in Großstädten und Provinzen anbetrifft, so hat es hier bisher schon seit Längerem einen geringen, aber stetigen Zuwachs gegeben. Waren es 2006 noch 105 weibliche Abgeordnete, wuchs die Zahl 2010 auf 155 und vier Jahre später weiter auf 198 Frauen an. 2018 waren es sogar 274 Frauen. Dasselbe Muster zeigt sich bei Parlamenten auf kommunaler Ebene (562→757→992).

Insgesamt jedoch zeigt sich ein Muster, nach dem zwar quantitativ immer mehr weibliche Kandidaten in Ämter gewählt werden, sich aber qualitativ, d. h. bezogen auf den Frauenanteil bei einflussreichen Ämtern wie z. B. Gouverneursposten, fast nichts ändert. Mit der Quotenregelung von mindestens 50% weiblichen Kandidaten bei Listenplätzen ist zwar ein gewisser Effekt erzeugt worden, da jedoch lediglich 10% der gesamten Parlamentsplätze durch die Zweitstimme besetzt werden, ist dies noch unzureichend, um einen wirklichen Unterschied zu machen. Bei der Kandidatenaufstellung für Direktwahlen sieht das Wahlgesetz (WahlG §47-4) vor, dass die Parteien mindestens 30% Frauen berücksichtigen. Da dies jedoch ein Gebot und keine Vorschrift ist, wird es selten eingehalten.

Tabelle 2: Anzahl und Anteile von Frauen in öffentlichen Ämtern auf regionaler Ebene⁵

	Alle Gewählten	Gewählte Frauen	Anteil der Frauen (%)
Oberbürgermeister / Gouverneur	17	0 (0)	0 (0)
Bürgermeister / Kreis- u. Bezirksleiter	226	8 (9)	3,5 (4,0)
Abgeordnete in Großstädten und Provinzen	737	160 (113)	21,7 (14,3)
Abgeordnete in Kommunen	2.541	900 (732)	35,4 (25,3)
Bildungssuperintendenten	17	2 (0)	11,8 (0)
Bildungsabgeordnete	5	0 (0)	0 (0)
Gesamt	4.015	1.070 (854)	26,7 (21,6)

Quelle: Nationale Wahlkommission (<http://www.nec.go.kr/>); eigene Zusammenstellung

Abgeordnete der Nationalversammlung

Gleichzeitig mit den regionalen Wahlen wurden auch die Wiederholungs- und Ersatzwahlen von insgesamt zwölf Parlamentssitzen abgehalten. Eine Wiederholungswahl wird angesetzt, wenn im Wahlprüfungsverfahren eine Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt worden ist, oder wenn der Gewählte vor Antritt seines Amtes zurücktritt oder stirbt (WahlG §195). Eine Ersatzwahl findet statt, wenn in einem Wahlkreis ein Amt nach Antritt vakant geworden ist (WahlG §200). In der Hälfte der Fälle waren die amtierenden Abgeordneten von selbst zurückgetreten, um für ein Amt als Präsident (Ahn Chol-su) oder als Provinzgouverneur zu kandidieren. Die andere Hälfte war wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz ihres Amtes enthoben worden.

Nicht weniger als elf Sitze gingen an die regierende GDP. Insgesamt hat die GDP nicht nur drei ihrer Sitze wieder-, sondern weitere acht Sitze hinzugewonnen. Der einzige Parlamentssitz, den die LKP gewinnen konnte, ist Kimch'ön in der traditionell rechtskonservativ geprägten Provinz Nord-Kyöngsang, jedoch auch nur mit einem sehr knappen Stimmenvorteil von nicht mehr als 493 Stimmen vor dem parteilosen Kontrahenten. Das Kräfteverhältnis in der Nationalversammlung ändert sich damit nur minimal, jedoch ist damit nun eine Mehrheit der Regierungspartei gemeinsam mit den Abgeordneten der progressiven Opposition möglich geworden. Entscheidend bei diesem Wahlsieg ist, dass die Regierungspartei in der Lage war, in fünf Wahlkreisen die Stimmen auf ihren Kandidaten zu vereinigen, in denen zuvor die rechtskonservative Opposition das Sagen hatte. Vor allem die Wahlkreise in Pusan (Haeundaëül) und der Provinz Nord-Ch'ungch'öng (Chech'ön/Tanyang) waren Hochburgen der Rechtskonservativen.

⁵ In Klammern stehen die Ergebnisse der Wahl von 2014.

Gründe für den Ausgang der regionalen Wahlen 2018

Verschiedene Faktoren können zur Erklärung des Erdrutschsieges herangezogen werden. Zunächst müssen diese regionalen Wahlen zur Kategorie der frühen Wahl gezählt werden. Knapp ein Jahr nach dem Amtsantritt von Präsident Moon kann man schwerlich von einer Zwischenprüfung der Regierung sprechen. Dazu ist noch zu wenig Zeit vergangen. Es herrscht im Allgemeinen die Tendenz in Korea vor, dem neuen Präsidenten erst einmal Rückenwind zu geben, wenn die Wahlen so kurz nach Amtsantritt erfolgen. Man gibt seiner Politik zunächst eine Chance, und in der kurzen Zeit nach Amtsantritt können kaum so grobe Schnitzer passiert sein, dass man ihm die Gefolgschaft aufkündigen würde.

Im Gegenteil erinnerte sich die Wählerschaft wohl eher an die desaströse Bilanz der vergangenen neun Jahre unter den rechtskonservativen Regierungen von Lee Myung-bak und Park Geun-hye, in der viele demokratische Errungenschaften Rückschritte gemacht haben (vgl. Mosler, Lee und Kim 2018; Mosler 2015b). Der Ausgang der Wahlen ist damit auch als ein rückblickendes Urteil der Wählerschaft über die Politik der rechtskonservativen LKP zu verstehen. Insbesondere der dramatische Sturz von Park Geun-hye, die autoritär in der Tradition ihres Vaters geherrscht hat und in schwere Korruptionsfälle verwickelt war, hat den Bürgern die Augen geöffnet. Dies war jedoch nur der Höhepunkt einer Krise, die sich über Jahre hinweg entwickelt hatte. Beide rechtskonservative Regierungen haben nachweislich die Medien, vor allem die wichtigsten Fernsehsender, beeinflusst, waren in Korruption verwickelt, haben sich des Amtsmissbrauchs schuldig gemacht und haben gegenüber Nordkorea eine destruktive Politik umgesetzt. Am Ende der Amtszeit Lee Myung-baks wurde im großen Stil Wahlmanipulation betrieben, dem Präsidenten des Oberen Gerichtshofs unter Park Geun-hye wird vorgeworfen, der Präsidentin Angebote gemacht zu haben, bestimmte Gerichtsentscheidungen im Sinne der Regierung zu fällen im Gegenzug für eine Stärkung des Obersten Gerichtshofes; während der monatelangen Kerzenlichterdemonstrationen 2016 hat der Militärgewalt konkrete Pläne entworfen, die Demonstrationen notfalls mit Militärgewalt zu unterdrücken, indem man das Kriegsrecht ausrufen und Armeeeinheiten strategisch wichtige Infrastruktur unter ihre Kontrolle bringen würde (Kim und Kim 2018).

Ein weiterer Grund für die herbe Niederlage der Rechtskonservativen ist in dem reinen Negativwahlkampf der LKP zu sehen. Im Wahlkampf hatte die LKP dazu aufgerufen, die Wahlen zum Tribunal der bisherigen Regierungspolitik zu machen, und die Regierung entsprechend zu „verurteilen“. Ein alternatives und überzeugendes Programm ihrerseits konnte die Partei jedoch nicht vorlegen und kam daher schnell in den Verdacht, die Kritik an der Regierung lediglich als Mobilisierungsstrategie ausnutzen zu wollen, was einen entsprechend geringen bzw. gegenteiligen Effekt hatte. Vor allem wurde jeder Schritt der Regierung in Hinsicht

auf die Nordkorea-Frage als kommunistisch oder nordkoreafreundlich angegriffen, um in der rechtskonservativen Wählerschaft mit dem ausgedienten Modell des Antikommunismus zu punkten. Der Vorsitzende der LKP, Hong Joon-pyo, ging sogar so weit, die guten Umfragewerte der GDP als Fälschung zu bezeichnen.

Ein weiterer Faktor des Erfolges sind die bisher guten Leistungen der Moon-Regierung. Das beginnt mit der Bürgernähe, der Zugänglichkeit und der Empathie, die Präsident Moon konsequent vorlebt (vgl. Mosler 2017a). Außerdem dürften auch die verschiedenen Ansätze deliberativer Demokratie wie das Bürgerforum zur Entscheidung über den Atomausstieg oder das neu eingerichtete Petitionssystem auf der Website des Präsidialbüros viele Südkoreaner davon überzeugt haben, dass der neue Präsident es ernst meint mit demokratischen Reformen – sowohl inhaltlich als auch methodisch. Irrationale und schwer nachvollziehbare Maßnahmen der Vorgängerregierungen werden sukzessive durch Reformen aufgehoben: ein schrittweiser Atomausstieg, tolerante Schulbuchinhalte, gesunde Machtverteilung zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, Dezentralisierung der zentralstaatlichen Gewalt zu Gunsten einer autonomeren Selbstverwaltung in den Regionen. Natürlich haben die beiden Gipfeltreffen zwischen den Koreas bzw. zwischen Nordkorea und den USA, für die Präsident Moon Jae-ins Vermittlungsbemühungen entscheidend gewesen waren, starken Einfluss auf die Wahlentscheidungen gehabt. Das weltweit mit Staunen beobachtete erfolgreiche Gipfeltreffen zwischen dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un und dem US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump hatte einen Tag vor den regionalen Wahlen in Singapur stattgefunden und stieß in Südkorea fast durchweg auf positive Resonanz.⁶

Schließlich kann man in den vergangenen zwei Dekaden im Allgemeinen einen Wertewandel in der Gesellschaft feststellen, der die Menschen weniger konservativ denken lässt und somit offener macht für Parteien im mittleren bis liberaldemokratischen bis hin zum linksliberalen Spektrum. Die Koreakriegs-Generation – vom Gegensatz der Systeme sowie dem koreanischen Wirtschaftswunder geprägt – stirbt aus. Ihr Trauma ist nicht geheilt, aber Antikommunismus und rechtskonservative Demagogie verlieren an Kraft. Die Gesellschaft hat in den letzten zwanzig Jahren neue Erfahrungen gemacht. In großen, friedlichen und im Übrigen auch erfolgreichen Massendemonstrationen, in denen alle Schichten der Gesellschaft vertreten waren, bildete sich ein waches politisches Interesse und eine neue Mündigkeit heraus.

6 Für eine negative Evaluation der bisher schwachen Sozial- und Wirtschaftspolitik der Moon-Regierung war es noch zu früh (vgl. Kim CH 2018).

Ausblick

Die Krise der Rechtskonservativen spitzt sich mit dem Ausgang der regionalen Wahlen weiter zu. Angesichts des schwindenden Regionalismus mussten sie im Zentrum ihrer Hochburgen entscheidende Ämter abgeben. Der Mythos von der Entwicklungsdiktatur Park Chung-hees, Vater der entmachteten Präsidentin Park Geun-hye, scheint seine Kraft eingebüßt zu haben. Auch der von den Rechtskonservativen stets bemühte Antikommunismus hat seine Magie verloren. Die LKP hat einen Notstandsausschuss gegründet, um über die Zukunft der Partei zu entscheiden. Bezeichnend ist dabei, dass sie einen Vorsitzenden gewählt hat, der ein enger Vertrauter des verstorbenen liberalen Präsidenten Roh Moo-hyun war. Die nächsten Parlamentswahlen finden in zwei Jahren statt und werden richtungsweisend sein für das Superwahljahr 2022, wenn sowohl regionale als auch Präsidentschaftswahlen stattfinden – ein Umstand, der dem vorzeitigen Aus von Park Geun-hye geschuldet ist. Der Erfolg der amtierenden Regierung hängt nun vor allem auch davon ab, wie sich die Verhältnisse auf der koreanischen Halbinsel und in der Region entwickeln. Sollte es zu einer substanziellen Annäherung der Koreas und einer nachhaltigen Friedenspolitik kommen, könnte dies zur weiteren Öffnung des Parteienspektrums und zur weiteren Entwicklung der Demokratie in Korea beitragen.

Literatur

- Chin, Chu-wŏn (2018): „0%-eso 97%-ggaji ... chibangsŏng’ŏ yosong tangsŏnja t’onggye-ŭi pimil [Von null bis 97% - das Geheimnis der Statistik zu gewählten Frauen bei den regionalen Wahlen],“ Women News, 18. Juni 2018, <http://www.womennews.co.kr/news/142728> (Aufruf: 20. Juni 2018)
- Inter-Parliamentary Union (2016): „Women in National Parliaments“, <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm> (Aufruf: 20.07.2018)
- Kim, Chi-hwan (2018): „Mun chŏngbu, sahoe/kyŏngje kaehyŏk hut’oe’ chinbo chisigin-dŭl 18-il bip’an sŏngmyŏng naenda [Progressive Intellektuelle veröffentlichen am 18. eine kritische Stellungnahme bezüglich der ‚Rückschritte unter der Moon-Regierung in Sachen Reform der Gesellschaft und Wirtschaft], 17. Juli 2018, http://news.khan.co.kr/kh_news/khan_art_view.html?art_id=201807170600035#csidxe74940a1e643ddf91e227868e858e71 (Aufruf: 20. Juli 2018)
- Kim, Hyung-Jin und Kim Tong-Hyung (2018): „S. Korea probes army plan for troops to control protesters“, Washington Post, 15. Juli 2018, https://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/did-s-korea-army-plot-coup-to-keep-ousted-leader-in-power/2018/07/14/420f4cbe-87cd-11e8-9e06-4db52ac42e05_story.html?noredirect=on&utm_term=.7ba45758c58a (Aufruf: 20. Juli 2018)
- Kim, Nam-Kwon (2018): „Mundaet’ongyŏng kukchŏngjijiyul 68.1%, 4-jjaeuŭ... chongŭi 11.6% ch’oegoch’i kyongsin (Umfragewerte Präsident Moons 68,1%, vierte Woche in Folge ↓ ... neues Rekordhoch für die GP bei 11,6%)“, Yonhapnews, 16. Juli 2018, <http://www.yonhapnews.co.kr/bulletin/2018/07/16/0200000000AKR20180716032100001.HTML> (Aufruf: 20. Juli 2018)
- Ministry of Interior and Safety (2018): Che-7-hoe chibangsŏn’gŏ yugwŏnja-nŭn ch’ong 42,907,715-myŏng [Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten der Siebten Regionalwahlen beträgt 42.907.715 Bürger],“ Ministry of Interior and Safety, 06. Juni 2018, http://www.mois.go.kr/frt/bbs/type010/commonSelectBoardArticle.do?jsessionid=N9IFpNwMor2v0lyVDC7-zEYz.node40?bbsId=BBSMSTR_000000000008&ntId=64327 (Aufruf: 10. Juli 2018)

- Mosler, Hannes B. (2015): „Das Wahlsystem Südkoreas“, in: Lee, Eun-Jeung; Mosler, Hannes B. (Hgg.): *Länderbericht Korea*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 129–144
- (2015a): „Politische Parteien Südkoreas“, in: Lee, Eun-Jeung; Mosler, Hannes B. (Hgg.): *Länderbericht Korea*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 113–128
- (2015b): „The Deterioration of South Korean Democracy“, in: Brendan Howe (Hg.): *Democratic Governance in Northeast Asia – A Human-Centred Approach to Evaluating Democracy*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 25–50
- (2016): „Das Verbot der Vereinten Progressiven Partei in der Republik Korea“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)*, 47.1: 176–194
- (2017): „The Institution of Presidential Impeachment in South Korea, 1992–2017“, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 2: 111–134
- (2017a): „President Moon Jae-in – The Right Choice for South Korea“, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Asia Policy Brief*, June: 1–12
- Mosler, Hannes B.; Lee, Eun-Jeung; Kim, Hak-Jae (2018): *The Quality of Democracy in Korea. Three Decades after Democratization*. Basingstoke: Palgrave Macmillan
- Mosler, Hannes B.; Pedroza, Luicy (2016): „An Unexpected Pioneer in Asia: the Enfranchisement of Foreign Residents in South Korea“, in: *Ethnopolitics*, 15.2: 187–210 (online first 19. September 2014)

Anhang

Tabelle zu den Wahlergebnissen der verschiedenen Ämter nach Parteien (in Klammern der Vergleich zur Wahl von 2014)

Partei	Oberbürgermeister/ Gouverneur	Bezirksleiter	Abgeordnete in Großstädten / Provinzen		Abgeordnete in den Kommunen	
			<i>direkt</i>	<i>Liste</i>	<i>direkt</i>	<i>Liste</i>
GDP	14 (9)	151 (80)	605 (309)	(40)	1.393 (989)	(168)
LKP	2 (8)	53 (117)	112 (375)	(41)	870 (1206)	(207)
PDF	0 (0)	5 (-)	1 (-)	(-)	49 (-)	(-)
BP	0 (0)	0 (-)	1 (-)	(-)	19 (-)	(-)
GP	0 (0)	0 (0)	1 (0)	(0)	17 (10)	(0)
Parteilose	1 (0)	17 (29)	16 (20)	(277)	172 (0)	(0)
Zwischen- summe	17 (17)	226 (226)	737 (705)	(84)	2.541 (2.519)	(379)
Gesamt	17	226	824		2927	

Quelle: Nationale Wahlkommission (<http://www.nec.go.kr/>); eigene Zusammenstellung